

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Harald Moritz (GRÜNE) und Tino Schopf (SPD)

vom 19. November 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. November 2019)

zum Thema:

Keine Mobilitätsbildung mehr in Spandau?

und **Antwort** vom 04. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Dez. 2019)

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Harald Moritz (Bündnis 90/Die Grünen)

und Herrn Abgeordneten Tino Schopf (SPD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21659

vom 19. November 2019

über Keine Mobilitätsbildung mehr in Spandau?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er hat daher das Bezirksamt Spandau um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Die Stellungnahme des Bezirksamtes wird in der Antwort zu den Fragen 1. bis 7. unverändert wiedergegeben.

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Die Jugendverkehrsschule Hakenfelde im Bezirk Spandau wird voraussichtlich vom 25.06.2020 bis zum 31.07.2021 geschlossen, da auf ihrem Gelände Schulcontainer für einen Schulneubau in der Goltzstraße aufgestellt werden.

1. Wurde für die Jugendverkehrsschule Hakenfelde für den Zeitraum ihrer Schließung ein Ersatzstandort gesucht?

Zu 1.:

Nein. Allerdings wurden seit Bekanntwerden der Problemlage Anfang 2018 im Umfeld intensiv alternative Standorte für die Aufstellung von Schulraumcontainern für den Zeitraum vom Schuljahr 2020 (01.08.2020) bis zur geplanten Fertigstellung des Schulneubaus geprüft, da planerisch ab 2020 die Schulplätze der vorhandenen

Grundschulen (Carl-Schurz-Grundschule sowie Grundschule an der Pulvermühle) für den zusätzlichen Bedarf durch den Zuzug nicht mehr ausreichend sein würden.

Folgende Standorte wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:

1.) Parkplatz der Carl-Schurz-Grundschule

Ergebnis: Die Fläche ist nicht ausreichend, um dort Container aufzustellen, da unter Teilen des Parkplatzes sich Regenentwässerungsschächte befinden, die nicht für eine Überbauung mit Containern geeignet sind.

2.) Parkplatz der Heinrich-Böll-Oberschule

Ergebnis: Der Parkplatz wird für die Baustelleneinrichtung (BE) des Ersatzbaus der Heinrich-Böll-Oberschule im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive (BSO) Phase I (vormals Modellverfahren beschleunigter Schulneubau –MOBS-) nach derzeitigem Planungsstand ab August 2020 benötigt.

3.) Diskusanlage im Stadion Hakenfelde

Ergebnis: Die Fläche ist nicht ausreichend, um dort Container aufzustellen. Die Medienschließung (insbesondere Strom, sowie Be- und Entwässerung) ist zudem problematisch.

4.) Evangelisches Johannesstift

Ergebnis: Der vorhandene Bebauungsplan (B-Plan) lässt keine Bebauung (auch nicht temporär) mit Schulbauten (Gemeinbedarfsfläche) zu. Es besteht kein gültiges Planungsrecht. Die Schaffung von Planungsrecht würde erfahrungsgemäß mindestens drei Jahre dauern (Änderung des B-Planes).

5.) Grünfläche neben dem Supermarkt in der Goltzstraße

Ergebnis: Es gibt schützenswerten Tierbestand sowie Altlastenproblematiken auf dem Grundstück. Bevor die Fläche überhaupt für eine schulische Nutzung in Frage kommt, müssten wie beim Schulstandort Goltzstraße / Mertensstraße umfangreiche sowie zeit- und kostenintensive Maßnahmen wie Bodenaustausch stattfinden. Zudem müssten im Vorfeld noch Arten- sowie Naturschutzgutachten beauftragt und ausgewertet werden, die noch weitere Maßnahmen nach sich ziehen könnten (z.B. Umsiedlung von unter Artenschutz stehenden Tieren).

Eine Realisierung der Maßnahme bis zum Schuljahr 2020/2021 ist in keinem Fall möglich.

6.) Jugendverkehrsschule Hakenfelde

Ergebnis: Nur an diesem Standort kann ein Schulraumcontainer aufgestellt werden.

Die Prüfung von weiteren Gewerbeflächen im Umfeld hatte ebenfalls negative Ergebnisse.

Eine Prüfung dieser und weiterer Flächen zur Schaffung eines Ersatzstandortes für die Jugendverkehrsschule wird nicht angestrebt, weil sich die Realisierung eines solchen Standortes weder zeitlich noch wirtschaftlich darstellen lässt. Dies lässt sich aus den Untersuchungsergebnissen der o.g. möglichen alternativen Containerstandorte herleiten.

2. Wie sollen die wegfallenden Kapazitäten der Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung kompensiert werden?

Zu 2.:

In der zweiten Spandauer Jugendverkehrsschule (Borkzeile 34) sind noch freie Kapazitäten und Zeiten vorhanden, so dass versucht wird, die Schulklassen aus der JVS Hakenfelde auf die JVS Borkzeile zu verlegen. Der theoretische Unterricht in den Schulen bleibt bestehen.

3. Wie viele Schülerinnen und Schüler sind von der mindestens einjährigen Schließung der Jugendverkehrsschule betroffen?

Zu 3.:

Es sind insgesamt 42 Klassen.

4. Bestehen an einem anderen erreichbaren Jugendverkehrsschulstandort Kapazitäten, die betroffenen Schülerinnen und Schüler mit zu unterrichten?

Zu 4.:

Siehe Antwort zu 2.

5. Wie wird sichergestellt, dass die Jugendverkehrsschule nach einem Jahr wieder ihren Betrieb an diesem Standort aufnehmen kann?

Zu 5.:

Die Begrenzung der Schließung auf ein Schuljahr kann nicht garantiert werden.

6. Werden sich an den Rückbau der Schulcontainer weitere bauliche Maßnahmen zur Wiederinbetriebnahme der Jugendverkehrsschule Hakenfelde anschließen? Wenn ja, in welchem Ausmaß und über welche Dauer?

Zu 6.:

Dies ist so vorgesehen. Eine detaillierte Planung kann derzeit noch nicht erfolgen.

7. Sind bzw. wie sind die für die Wiederinbetriebnahme notwendigen Finanzmittel gesichert?

Zu 7.:

Da die Entscheidung zur vorübergehenden Umnutzung noch aussteht, sind diese bisher noch nicht gesichert.

8. Ist der Beantwortung vonseiten des Senats noch etwas hinzuzufügen?

Zu 8.:

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie beabsichtigt, mit dem Bezirk noch einmal Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, die bisher erwogene temporäre Umnutzung des Standorts Hakenfelde der Jugendverkehrsschule Spandau zu prüfen. Für die Umsetzung der Ziele der Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung, hier insbesondere auch der schulischen Radfahrausbildung, werden im Bezirk Spandau 2 Standorte für die Jugendverkehrsschule für erforderlich gehalten. Sollte die temporäre Schließung des Standortes Hakenfelde nicht abwendbar sein, wird der Bezirk gebeten, ein Konzept zur Sicherstellung der praktischen Radfahrausbildung der 4. Klassen der Schulen an einem anderen Ort sowie die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Partnern, wie der Polizei, vorzulegen.

Berlin, den 4. Dezember 2019

In Vertretung

Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie